



Ministerium für Verkehr | Postfach 10 34 52 | 70173 Stuttgart

Abteilung 4 der Regierungspräsidien
Stuttgart
Karlsruhe
Freiburg
Tübingen

**Abteilung Straßenverkehr, Straßeninfra-
struktur**

Name: Romina Schlösser

Telefon: +49 711 89686-2115
E-Mail: Romina.Schloesser@vm.bwl.de
Geschäftszeichen: VM2-0451-4/19/15
(bei Antwort bitte angeben)

Datum: 08.12.2025

Nachrichtlich:

Landkreistag Baden-Württemberg
Städtetag Baden-Württemberg
Gemeindetag Baden-Württemberg
Rechnungshof Baden-Württemberg

**Denkschrift 2024 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes
Baden-Württemberg, Beitrag Nr. 16 – Leitungen Dritter im Straßenkörper
von Landesstraßen, Landtagsdrucksache 17/7116**

**Umsetzung der Maßnahmen entsprechend der Beschlussfassung des
Landtags– Landtagsdrucksache 17/7916**

Einführung des IT-Fachverfahrens „VerbaDB“

Allgemeines

Der Rechnungshof Baden-Württemberg hat in der Denkschrift 2024 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg die im Geschäftsbereich des Ministeriums für Verkehr (VM) durchgeführte Prüfungsmitteilung zu Leitungen Dritter im Straßenkörper von Landesstraßen veröffentlicht.

Über die in der Mitteilung des Rechnungshofs vom 18. Juli 2024 in der Drucksache 17/7116 getroffenen Feststellungen aus der Prüfung zu Leitungen Dritter im Straßenkörper von Landesstraßen hat der Ausschuss für Finanzen in seiner 53. Sitzung am 5. Juni 2025 beraten. Dem Ausschuss lag eine Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur



Umsetzung von Maßnahmen durch die Landesregierung vor. Außerdem lag ein Antrag von Abgeordneten der Grünen und der CDU vor. Der Ausschuss für Finanzen hat dem Antrag der Regierungsfractionen zugestimmt. Mit Plenumsbeschluss vom 23.07.2025 (LT Drs. 17/7916) hat auch der Landtag der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen mit folgendem Wortlaut unverändert zugestimmt:

I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 18. Juli 2024 zu Beitrag Nr. 16 – Drucksache 17/7116 – Kenntnis zu nehmen.

II. Die Landesregierung zu ersuchen,

- 1. ein einheitliches digitales Vertragsdatenbanksystem für die Straßenbauverwaltung des Landes Baden-Württemberg einzuführen, in dem anlässlich der Durchführung von baulichen Maßnahmen alle Verträge und Bescheide, die Leitungen Dritter in Landesstraßen betreffen, einschließlich der zugehörigen Planunterlagen erfasst werden und auf das alle betroffenen Stellen der Straßenbauverwaltung Zugriff haben;*
- 2. darauf hinzuwirken, dass alle erforderlichen Nutzungsverträge sowie Bau- und Kostenvereinbarungen vor Durchführung der Maßnahme möglichst abgeschlossen werden. Bei Ersatz von bestehenden Leitungen, für die keine Nutzungsverträge vorliegen, sollte der Abschluss entsprechender Verträge mit den Leitungsträgern angestrebt werden;*
- 3. zu prüfen, ob die Regelungen für die Kostenteilung bei gemeinschaftlichen Baumaßnahmen optimiert werden können, um eine wirtschaftliche und effiziente Abwicklung der Maßnahmen sicherzustellen. Gegebenenfalls können einzelne Regelungen in angepasster Form für Landesstraßen eingeführt werden;*
- 4. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. Dezember 2025 zu berichten.*



Umsetzung der Maßnahmen in der Beschlussfassung

Für die Umsetzung der festgelegten Maßnahmen in der Beschlussfassung zu Drucksache 17/7916 werden die nachstehenden Vorgaben erlassen, die bei der Durchführung von Straßenbaumaßnahmen an Landesstraßen in der Straßenbaulast des Landes, bei denen Leitungen Dritter betroffen sind, ab sofort zu beachten und anzuwenden sind:

zu 1 Einführung Vereinbarungs-Datenbank-System VerbaDB als verbindliches IT-Fachverfahren

VerbaDB ist in den Regierungsbezirken Stuttgart und Karlsruhe bereits technisch bereitgestellt und produktivgesetzt. Die noch ausstehende technische Bereitstellung des IT-Fachverfahrens wird für den Regierungsbezirk Tübingen zum Ende 2025 und für den Regierungsbezirk Freiburg bis zum März 2026 erfolgen. Die Regierungspräsidien werden gebeten die Produktivsetzung bei den vorbereitenden Arbeiten zu unterstützen. Die noch teilnehmenden Unteren Verwaltungsbehörden sind bis Ende 2026 an die VerbaDB anzuschließen.

VerbaDB ist ab dem jeweiligen Zeitpunkt der technischen Bereitstellung bei Straßenbaumaßnahmen an Landesstraßen in der Straßenbaulast des Landes, bei denen Leitungen Dritter betroffen sind, von den Regierungspräsidien im jeweiligen Regierungsbezirk anzuwenden.

Mit der technischen Bereitstellung der Fachanwendung VerbaDB in allen Regierungsbezirken ist den unteren Verwaltungsbehörden Zugang zur Fachanwendung zu gewähren.

In dem Vereinbarungs-Datenbank-System VerbaDB sind alle Verträge und Bescheide mit den jeweils zugehörigen Antrags- und Planunterlagen, die zur Regelung der Mitbenutzungsverhältnisse zwischen Straßen in der Baulast des Landes und Leitungen der öffentlichen Versorgung abzuschließen sind, zu erfassen.

Die Erfassungspflicht in VerbaDB erstreckt sich hierbei auf die nach den in der jeweiligen Fassung geltenden Richtlinien für die Benutzung der Bundesfernstraßen in der Baulast des



Bundes (Nutzungsrichtlinien) abzuschließenden Straßenbenutzungsverträge für Leitungen der öffentlichen Ver- und Entsorgung. Die Nutzungsrichtlinien wurden vom Ministerium für Verkehr mit Schreiben vom 22. September 2020 (Az.2-3911.9/8) für die Landesstraßen in der Baulast des Landes zur Anwendung eingeführt. Von der Erfassungspflicht in VerbaDB umfasst ist auch die nach den Vorgaben des Telekommunikationsgesetzes (TKG) zu erteilende schriftliche oder elektronische Zustimmung des Wegebaulastträgers für die Verlegung oder die Änderung von Telekommunikationslinien.

Bei Straßenbaumaßnahmen an Straßen in der Baulast des Landes im Zuge von Ortsdurchfahrten, bei denen Leitungen Dritter betroffen sind, und Bau- und Kostenvereinbarungen nach den Richtlinien für die rechtliche Behandlung von Ortsdurchfahrten im Zuge der Bundesstraßen (Ortsdurchfahrtenrichtlinien) abzuschließen sind, hat eine Erfassung der schriftlich abzuschließenden Vereinbarungen in VerbaDB zu erfolgen.

Die in der Zuständigkeit des Ministeriums für Verkehr abzuschließenden Rahmenverträge zur Regelung der Mitbenutzungsverhältnisse zwischen Landesstraßen und Leitungen der öffentlichen Versorgung werden in VerbaDB eingestellt und zur Einsichtnahme für die Regierungspräsidien sowie die unteren Verwaltungsbehörden zugänglich sein.

Die vorgenannte Erfassungspflicht erstreckt sich auch auf Verträge und Bescheide, die im Rahmen der Auftragsverwaltung anlässlich von Straßenbaumaßnahmen an Bundesstraßen in der Baulast des Bundes, bei denen Leitungen Dritter betroffen sind, abgeschlossen werden.

Die vorgenannte Pflicht zur Erfassung erstreckt sich ausdrücklich nicht auf bereits in der Vergangenheit abgeschlossene Verträge und Bescheide. Die Erfassung dieser Unterlagen ist optional.

Zu 2 Abschluss von Nutzungsverträgen sowie Bau- und Kostenvereinbarungen vor Beginn der Maßnahme

Alle erforderlichen Nutzungsverträge sowie Bau- und Kostenvereinbarungen sollten vor Durchführung der Straßenbaumaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen, bei denen Lei-



tungen Dritter betroffen sind, möglichst abgeschlossen werden. Werden bestehende Leitungen Dritter im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen ersetzt und liegen hierfür keine Straßenbenutzungsverträge und Vereinbarungen vor, sollte der Abschluss entsprechender Verträge mit den Leitungsträgern angestrebt werden.

Einbindung der UVBen

Die Regierungspräsidien werden gebeten, die Stadt- und Landkreise als untere Verwaltungsbehörden über die Beachtung der Vorgaben zu informieren und darauf hinzuwirken, dass die nach dem Straßengesetz für Baden-Württemberg in der Zuständigkeit der unteren Verwaltungsbehörden wahrzunehmenden Aufgaben nach den genannten Vorgaben umgesetzt werden.

Schlussbestimmungen

Dieses Schreiben wird entsprechend der VwV Re-StB-BW vom 1. Juli 2008 in die Liste der Regelwerke (LisRe) der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg im Internet- und Intranet-Angebot der Straßenbauverwaltung unter der Ziffer 15 Kreuzungs- und Leitungsrecht – Sachgebiet 15.4 Leitungen der öffentlichen Versorgung eingestellt.

Wie mit den Leitungen der Abteilungen 4 der Regierungspräsidien vereinbart, wird sich das Referat 21 des Verkehrsministeriums mit den Referaten 42 der Regierungspräsidien zeitnah zu den weiteren Fragen der Nutzung von VerbaDB (Aufnahme weiterer Vertrags- und Vereinbarungsarten, Erfassung bestehender Verträge und Vereinbarungen) abstimmen.

gez. Heß
Ministerialdirigent

Anlage:

Denkschrift des Rechnungshofs 2024